

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

7. Juli 1961

183/A.B.

zu 211/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

In Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Dr. Z e c h m a n n und Genossen vom 25. Mai d.J., betreffend Rechte der Grenzgrundbesitzer in Kärnten, teilt Bundeskanzler Dr. G o r b a c h namens der Bundesregierung mit, dass die Bundesregierung nach wie vor bereit und dringlich<sup>darum</sup> bemüht ist, die im Jahre 1955 in Rom begonnenen bilateralen Verhandlungen über Vermögensfragen sobald als möglich fortzusetzen und zu beenden. Die Fortsetzung der Verhandlungen, die besonders im Interesse einer Regelung der Ansprüche liegen, welche das in der Anfrage erwähnte Memorandum behandelt, ist bisher dadurch hinausgezögert worden, dass Italien alle Interventionen der österreichischen Seite, die die Weiterführung dieser Verhandlungen zum Gegenstande haben, entweder gar nicht beantwortet oder dilatorisch behandelt.

Die Bundesregierung bleibt nach wie vor bemüht, die Verhandlungen fortzuführen.

-.-.-.-.-